

Nicaragua :

Der Präsident regiert, bestimmt Wahlergebnisse, ändert die Verfassung Rechtsstaatlichkeit und Politik für die Armen – ein Widerspruch?

In diesem Jahr feiert der Nicaragua Verein Hamburg e.V. sein 25-jähriges Jubiläum. Aus diesem Anlass haben wir **Frau Dr. Vilma Núñez** (Präsidentin der Menschenrechtsorganisation *CENIDH*) und **Alberto Aburto** (Studentengruppe *Movimiento Puente*) eingeladen. Sie werden am 17. November 2009 um 19.30 Uhr in der Werkstatt 3 über die aktuelle Situation in Nicaragua berichten und sich der Diskussion stellen.

Im November 2008 fanden in Nicaragua Kommunalwahlen statt, die zum best dokumentierten Wahlbetrug Mittelamerikas wurden. Seitdem werden nicht nur die Oppositionsparteien von Präsident Ortega unter Druck gesetzt, insbesondere unabhängige Organisationen von Frauen und Menschenrechtlern werden massiv verfolgt. Am 19. Oktober 2009 ließ Ortega sogar die Verfassung vom Obersten Gerichtshof so weit außer Kraft setzen, dass er nun für eine weitere Periode für das Präsidentenamt kandidieren kann.

In der Veranstaltung werden die verheerenden Konsequenzen der derzeitigen Politik für Nicaragua geschildert. Uns interessiert vor allem, wie die Zivilgesellschaft auf die Beschneidung ihrer Rechte reagiert und wie ein Ausweg aus dieser scheinbar aussichtslosen Lage der politische Kultur in Nicaragua gefunden werden kann. Gemeinsam möchten wir aufzeigen und diskutieren, wie sowohl demokratische Bestrebungen wie auch der Kampf gegen die Armut unterstützt werden können.
(Programm gegenüber der Ankündigung im Flyer der Lateinamerikatage geändert)

17. November, 19:30 Uhr

Ort : Werkstatt 3 (Nernstweg 32-34, Hamburg-Altona)

Eine Veranstaltung des

**NICARAGUA VEREIN
HAMBURG e.V.**

im Rahmen der **LATEINAMERIKA TAGE '09**
in Kooperation mit der Werkstatt 3



Protestkundgebung in Managua

gefördert von der Norddeutschen Stiftung für Umwelt und Entwicklung (NUE), des Ausschusses für kirchliche Weltdienste (AKWD) und der InWEnt gGmbH- Internationale Weiterbildung und Entwicklung, sowie der Senatskanzlei Hamburg